

Niederschrift
6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.11.2011
Sitzungsbeginn:	19:32 Uhr
Sitzungsende:	22:20 Uhr
Ort, Raum:	Stadtallendorf, Bahnhofstraße 2, Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung

Gesetzl. Mitgliederzahl: 37
stimmberechtigt anwesend: 35 (15 CDU, 12 SPD, 4 GRÜNE, 2 FDP, 2 REP)

Anwesend sind:

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stadtverordnete/r:

Herr Hans-Jürgen Back

Herr Markus Becker

Herr Jürgen Behler

Herr Michael Dickhaut

Herr Frank Drescher

Herr Thomas Dziuba

Herr Dieter Erber

Herr Michael Feldpausch

Herr Michael Goetz

Frau Andrea Grigat-Thierau

Frau Dr. Uta Gruß

Herr Philipp Hesse

Herr Werner Hesse

Herr Frank Hille

Frau Annemarie Hühn

Herr Stephan Klenner

Herr Winand Koch

Herr Gerhard Kroll

Frau Maria März

Herr Jochen Metz

Frau Carla Mönninger-Botthof

Frau Handan Özgüven

Herr Stefan Rhein

Herr Nils Runge

Herr Klaus Ryborsch
Herr Wolfgang Salzer
Frau Ilona Schaub
Frau Olga Schmitt
Frau Hannelore Schneider
Herr Christian Somogyi
Herr Manfred Thierau
Herr Bernd Waldheim
Herr Friedhelm Wieber
Herr Bernd Zink

Magistrat:

Herr Manfred Vollmer
Herr Heinrich Reinhardt
Herr Ludwig Bachhuber
Herr Robert Botthof
Herr Karl-Heinz Digula
Herr Helmut Hahn
Herr Bernt Klapper
Frau Ursula Rogg

Ortsvorsteher:

Herr Adolf Fleischhauer
Herr Hartmuth Koch
Herr Armin Naumann
Herr Helmut Schütz

Entschuldigt fehlen:

Herr Fabian Gies, Stadtverordneter
Frau Ulrike Quirnbach, Stadtverordnete
Herr Otmar Bonacker, Stadtrat

Schriftführer:

Breitenstein, Jürgen Dipl. Verw. FH

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Fragestunde
- 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Ryborsch (CDU-Fraktion) vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011); betr. Überprüfung von Tempo 30-Zonen im Stadtgebiet
Antrag: 23a/0170/2011
- 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Hille (CDU-Fraktion) vom 19.10.2011 (eingegangen am 20.10.2011); betr. Bodenbelag in der Stadtmitte
Antrag: 23a/0171/2011
- 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Winand Koch (FDP-Fraktion) vom 25.10.2011 (eingegangen am 26.10.2011); betr. Freiwillige Feuerwehr Erksdorf

Antrag: 23a/0172/2011

- 2.4 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Winand Koch (FDP-Fraktion) vom 25.10.2011 (eingegangen am 26.10.2011); betr. Zweite Ausfahrt DAG-Gebiet
Antrag: 23a/0173/2011

TOP Beschlüsse

- 3 Beschluss über die Gültigkeit der Bürgermeisterstichwahl am 02.10.2011
Vorlage: FB1/2011/0082
- 4 Übernahme einer Bürgschaft durch die Stadt Stadtallendorf für die Beteiligungsgesellschaft Herrenwald GmbH & Co. KG (BHG)
Vorlage: FB1/2011/0085
- 5 Klimaschutz - Aktionsplan - Projekt 1:
Klimaschutz-Teil-Konzept: Energetische Optimierung kommunaler Liegenschaften; Auftragsvergabe
Vorlage: FB4/2011/0098
- 6 Veräußerung der Grundstücke Stadtallendorf Flur 29 Flurstück 192 und 193, Weilburger Straße
Vorlage: FB4/2011/0075
- 7 Feststellung des Jahresabschlusses 2010; § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz (EBG); § 7 Abs. 3 Nr. 5 EBG
Vorlage: FB5/2011/0016/1
- 8 Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresüberschusses 2010; 1. § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes), 2. § 7 Abs. 3 Nr. 5 EigBGes
Vorlage: FB5/2011/0017/1
- 9 Vorschlag zur Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2011; § 7 Abs. 3 Nr. 7 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes)
Vorlage: FB5/2011/0015/1

TOP Anträge gem. § 14 GO

- 10 Keine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage im Haushaltsjahr 2012; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: SPD/2011/0008
- 10.1 Keine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage im Haushaltsjahr 2012; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011) - Neufassung des Antrages vom 03.11.2011
Vorlage: SPD/2011/0008/1
- 11 Städtische Grünflächen; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: CDU/2011/0003
- 11.1 Städtische Grünflächen; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011) - Änderungsantrag der SPD-Fraktion

vom 25.10.2011
Vorlage: CDU/2011/0003/1

- 12** Neuregelung Nutzung der Bürgerhäuser, Gebührenordnung; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: CDU/2011/0004
- 13** Durchgängige Geschwindigkeitsbegrenzung B 454; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: CDU/2011/0005
- 14** Einrichtung eines Luftmessstation im Bereich der Kernstadt; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/Die Grünen vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: GRÜ/2011/0002
- 14.1** Einrichtung eines Luftmessstation im Bereich der Kernstadt; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/Die Grünen vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011) - Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 31.10.2011
Vorlage: GRÜ/2011/0002/1
- 15** Richtlinien zur Erlangung von Fördermitteln für Energiesparende Haushaltsgroßgeräte; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/Die Grünen vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: GRÜ/2011/0003

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

- 16** LKW-Parkplatz Stadtallendorf Nord-Ost; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Antrag: 23b/0167/2011
- 17** Baumaßnahmen der Stadt und Eigenbetriebe; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Antrag: 23b/0168/2011
- 18** Weiterbau der A 49 und der B 454 (in Richtung Neustadt); Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Antrag: 23b/0169/2011
- 19** Mitteilungen
- 20** Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, an der Spitze Herr Bürgermeister Vollmer, die anwesenden Ortsvorsteher, den Vertreter der Presse und der Verwaltung sowie die Zuschauer.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang stellt die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Er stellt ferner fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist. Folgende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Magistrats haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt:

- Frau Stadtverordnete Quirnbach
- Herr Stadtverordneter Gies
- Herr Stadtrat Bonacker.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

TOP 2 Fragestunde

Es liegen 4 Anfragen gem. § 23 a der GO vor, die wie folgt beantwortet werden:

TOP 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Ryborsch (CDU-Fraktion) vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011); betr. Überprüfung von Tempo 30-Zonen im Stadtgebiet Antrag: 23a/0170/2011

Herr Bürgermeister Vollmer beantwortet die Anfrage; Zusatzfragen werden nicht gestellt.

TOP 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Hille (CDU-Fraktion) vom 19.10.2011 (eingegangen am 20.10.2011); betr. Bodenbelag in der Stadtmitte Antrag: 23a/0171/2011

Herr Bürgermeister Vollmer beantwortet die Anfrage.

Herr Hille fragt nach, ob durch diese Beschichtung des Belags gewisse Eigenschaften zugesichert seien, dass diese Stellen nicht so stark verschmutzt würden. Herr Bürgermeister Vollmer beantwortet die Anfrage; er erklärt, dass im Hinblick auf die Teflonbeschichtung keinerlei Zusicherungen bezüglich der Verunreinigungen erfolgt seien. In seinen weiteren Ausführungen betont Herr Bürgermeister Vollmer, dass die Verunreinigungen auf dem hellen Boden naturgemäß eher zu sehen seien. Aufgrund der hohen Kosten für durchzuführende Reinigungsarbeiten habe man sich entschieden, eine entsprechende Reinigung zweimal im Jahr durchzuführen. Was allerdings noch mehr auffalle, sei das Gelände der Deutschen Bahn AG; hier sei man wie in der Vergangenheit bemüht, dass die zuständigen Stellen der Deutschen Bahn AG Abhilfe schaffen. Jedoch sei man wie immer „Rufer in der Wüste“.

Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt.

TOP 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Winand Koch (FDP-Fraktion) vom 25.10.2011 (eingegangen am 26.10.2011); betr. Freiwillige Feuerwehr Erksdorf

Antrag: 23a/0172/2011

Herr Bürgermeister Vollmer beantwortet die Anfrage.

Eine Zusatzfrage des Herrn Stv. Koch wird von Herrn Bürgermeister Vollmer beantwortet. In seinen Ausführungen weist er darauf hin, dass man wegen der Bedeutung des Feuerwehrvereins und einer aktiven Jugendfeuerwehr für die Einsatzabteilung die Möglichkeit in Aussicht gestellt habe, das derzeitige Feuerwehrgerätehaus in Erksdorf, welches in viel Eigenleistung hergerichtet worden sei, zukünftig für die Vereinsarbeit und Jugendfeuerwehr auf eigene Kosten weiter zur Nutzung zu überlassen. Die Vertreter aus Erksdorf hätten seinerzeit durch diese Variante mit der Errichtung eines gemeinsam genutzten Feuerwehrgerätehauses ihre Zustimmung signalisiert.

Danach habe eine Ortsbeiratssitzung stattgefunden, wo sich Ortsbeirat und Feuerwehrführung einstimmig gegen den Standort in Hatzbach ausgesprochen hätten.

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Stv. Koch, wann damit zu rechnen sei, der Feuerwehr Erksdorf die anfallenden Kosten mitzuteilen, wird von Herrn Bürgermeister Vollmer beantwortet. Er betont hierbei, dass es nicht um den Feuerwehrverein, sondern um die Feuerwehr als solche gehe. Es gehe hier in erster Linie um die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr. Daher müsse man hier ganz klar trennen zwischen dem Feuerwehrverein und der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr.

Herr Stv. Koch erklärt, dass man vonseiten der Feuerwehr Erksdorf angesprochen worden sei, wann mit einer Auskunft bezüglich der evtl. anfallenden Kosten zur Unterhaltung des derzeitigen Feuerwehrgerätehauses in Erksdorf zu rechnen sei.

Herr Bürgermeister Vollmer erklärt, dass eine solche Frage weder gestellt noch eine Beantwortung in Aussicht gestellt worden sei.

**TOP 2.4 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Winand Koch (FDP-Fraktion) vom 25.10.2011 (eingegangen am 26.10.2011); betr. Zweite Ausfahrt DAG-Gebiet
Antrag: 23a/0173/2011**

Herr Bürgermeister Vollmer beantwortet die Anfrage; Zusatzfragen werden nicht gestellt.

TOP Beschlüsse

**TOP 3 Beschluss über die Gültigkeit der Bürgermeisterstichwahl am 02.10.2011
Vorlage: FB1/2011/0082**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
01.11.2011

Abstimmungsergebnis: 12 Ja

Herr Stv. Somogyi (SPD) hat vor Aufrufen dieses Tagesordnungspunktes den Sitzungssaal verlassen.

Beschluss:

Die Bürgermeisterstichwahl am 02.10.2011 wird gemäß § 50 Kommunalwahlgesetz (KWG) für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Herr Stv. Somogyi (SPD) nimmt am weiteren Sitzungsverlauf teil; das Abstimmungsergebnis wird ihm mitgeteilt.

**TOP 4 Übernahme einer Bürgschaft durch die Stadt Stadtallendorf für die Beteiligungsgesellschaft Herrenwald GmbH & Co. KG (BHG)
Vorlage: FB1/2011/0085**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
01.11.2011

Abstimmungsergebnis: 13 Ja

Beschluss:

Die Stadt Stadtallendorf übernimmt für die Beteiligungsgesellschaft Herrenwald GmbH & Co. KG eine Bürgschaft in Höhe von max. 3.200.000 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 5 Klimaschutz - Aktionsplan - Projekt 1:
Klimaschutz-Teil-Konzept: Energetische Optimierung kommunaler Liegenschaften; Auftragsvergabe
Vorlage: FB4/2011/0098**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
27.10.2011

Abstimmungsergebnis: 13 Ja

Beschluss:

Der Magistrat beauftragt das Ing.-Büro GoTech, Waldeck-Sachsenhausen, die Arbeiten zur Energetischen Untersuchung der städtischen Gebäude entsprechend dessen Angebotes „Klimaschutzteilkonzept für die kommunalen Liegenschaften von Stadtallendorf“ vom 08.10.2011 durchzuführen. Die Auftragssumme beläuft sich auf 26.953,59 € (inkl. MwSt.).

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 6 Veräußerung der Grundstücke Stadtallendorf Flur 29 Flurstück 192 und 193, Weilburger Straße
Vorlage: FB4/2011/0075**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
27.10.2011

Abstimmungsergebnis: 13 Ja

Beschluss:

1. Der Magistrat stimmt dem Verkauf der Baugrundstücke Stadtallendorf Flur 29 Flst. 192, Weilburger Straße 19, in Größe von 499 m² und Stadtallendorf Flur 29 Flst. 193, Weilburger Straße 17, in Größe von 886 m² zu.
2. ...
3. Der Erwerber ist verpflichtet, das Grundstück innerhalb von 2 Jahren seit Vertragsabschluss zu bebauen. Grundlage für die Bebauung ist der Bebauungsplan Nr. 24a „An der Herrenwaldstraße“.
4. Der Erwerber trägt die mit dem Kaufvertrag verbundenen Kosten.
5. Die Lage der Baugrundstücke ist aus dem beigefügten Plan zu ersehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 7 Feststellung des Jahresabschlusses 2010; § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz (EBG); § 7 Abs. 3 Nr. 5 EBG
Vorlage: FB5/2011/0016/1**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
01.11.2011

Abstimmungsergebnis: 13 Ja

Beschluss:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Jahresabschluss der Stadtwerke Stadtallendorf für das Jahr 2010 mit einem Jahresüberschuss von 646.219,50 € fest.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 8 Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresüberschusses 2010; 1. § 5
Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes), 2. § 7 Abs. 3 Nr. 5 EigBGes
Vorlage: FB5/2011/0017/1**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
01.11.2011

Abstimmungsergebnis: 13 Ja

Beschluss:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden
Beschluss:

Der Jahresabschluss der Stadtwerke für das Jahr 2010 in Höhe von 646.219,50 €
wird auf das nächste Wirtschaftsjahr vorgetragen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 9 Vorschlag zur Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2011; § 7
Abs. 3 Nr. 7 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes)
Vorlage: FB5/2011/0015/1**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
01.11.2011

Abstimmungsergebnis: 13 Ja

Beschluss:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden
Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Theobald & Jung GmbH, Gießen,

mit der Prüfung des Jahresabschlusses für das Jahr 2011 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

TOP Anträge gem. § 14 GO

**TOP 10 Keine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage im Haushaltsjahr 2012; Antrag
gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am
18.10.2011)
Vorlage: SPD/2011/0008**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen,
01.11.2011

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt vonseiten der SPD-Fraktion eine Neufassung ihres Antrages vor.

Herr Stv. Waldheim (SPD) begründet den Antrag in der abgeänderten Fassung vom 03.11.2011.

Herr Stv. Thierau (REP) geht auf seine Stellungnahme im Fachausschuss I vom 01.11.2011 ein. Er betont, dass man dem jetzigen abgeänderten Antrag der SPD-Fraktion zustimmen könne.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Ryborsch (CDU) und signalisiert grundsätzlich Zustimmung zur Intention des SPD-Antrages. Er geht auf den Redebeitrag des Herrn Stv. Waldheim in Bezug „Prunksaal“ des Kreistages ein.

Zur Sache sprechen weiter die Herren Stv. Feldpausch (GRÜNE) und Koch (FDP) und signalisieren Zustimmung zu dem neugefassten Antrag der SPD-Fraktion.

**TOP 10.1 Keine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage im Haushaltsjahr 2012; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011) - Neufassung des Antrages vom 03.11.2011
Vorlage: SPD/2011/0008/1**

Siehe TOP 10.

Neufassung Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf spricht sich mit allem Nachdruck gegen die geplante Erhöhung der Kreis- und Schulumlage auf den maximalen Wert von 58 % aus, da sie darin einen Angriff auf die Leistungsfähigkeit aller Kommunen, auch der Stadt Stadtallendorf, sieht.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf fordert den Kreistag Marburg-Biedenkopf und den Kreisausschuss auf, auf die geplante Erhöhung der Kreis- und Schulumlage im Kreishaushalt 2012 zu verzichten.
3. Der Magistrat wird beauftragt, den Kreisausschuss und den Kreistag über diese Haltung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf zu informieren.
4. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert darüber hinaus an alle Kreisbeigeordneten und Kreistagsabgeordneten aus Stadtallendorf, einer Erhöhung der Kreis- und Schulumlage im Kreishaushalt 2012 nicht zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 32 dafür (CDU, SPD, GRÜNE, FDP, REP)
3 Enthaltungen (1 CDU, 2 GRÜNE)

**TOP 11 Städtische Grünflächen; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: CDU/2011/0003**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
27.10.2011

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.

Herr Stv. Hille (CDU) begründet den Antrag für seine Fraktion. Er signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Runge (SPD); er erklärt, dass in dem Antrag der CDU-Fraktion ein Formulierungsfehler vorliege und weist auf bereits bestehende Blumenwiesen innerhalb der Stadt hin. Aus diesem Grunde habe man einen Änderungsantrag gestellt.

Zur Sache spricht weiter Herr Bürgermeister Vollmer und teilt mit, dass man die Kostenermittlung schon durchgeführt habe. Er teilt weiter mit, dass man in diesem Bereich schon einiges getan habe und gibt hierzu einen Überblick:

2010: 801 qm Blumenwiese sind bereits vorhanden

2011: 681 qm (wegen der Bauarbeiten in der Marburger Straße bei Opel-Nau hat sich die Fläche verringert).

Die Kosten hätten sich im Jahr 2010 auf 7.654,48 € und im Jahre 2011 auf 3.996,52 € belaufen. Der Arbeitsaufwand zur Unterhaltung bzw. Schaffung von Blumenwiesen sei vergleichbar mit der Unterhaltung von herkömmlichen Rasenflächen.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Thierau (REP); er begrüßt die Schaffung von Blumenwiesen nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Bienenzucht.

Herr Stv. Feldpausch (GRÜNE) signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Herr Stv. Wieber (FDP) fragt nach, ob jedes Jahr eingesät werden müsse. Herr Bürgermeister Vollmer beantwortet die Frage und erklärt, dass man eine Blumenwiese jedes Jahr einsäen müsse. Herr Stv. Wieber bittet darum, auch die energietechnischen Aspekte zu beachten.

Herr Bürgermeister Vollmer weist in diesem Zusammenhang abschließend noch einmal auf die Pflege hin, die die Unterhaltung der Blumenwiesen mit sich brächten und gibt ferner zu bedenken, dass bei Trockenheit die Blumenwiesen öfters gewässert werden müssten.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

TOP 11.1 Städtische Grünflächen; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011) - Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.10.2011
Vorlage: CDU/2011/0003/1

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
27.10.2011

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Es erfolgt die Abstimmung zum vorliegenden Änderungsantrag.

Antragstext Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, innerhalb der nächsten 5 Jahre, beginnend mit der nächsten Vegetationsperiode, auf weiteren geeigneten städtischen Grünflächen Blumenwiesen auszusäen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, vor der Umsetzung dieses Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung die Kosten für das Anlegen und Unterhalten von Blumenwiesen mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang weist darauf hin, dass der Hauptantrag in den vorliegenden Änderungsantrag integriert sei, somit habe sich der Hauptantrag erledigt.

TOP 12 Neuregelung Nutzung der Bürgerhäuser, Gebührenordnung; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: CDU/2011/0004

Herr Stv. Erber (CDU) begründet den Antrag für seine Fraktion. Er weist darauf hin, dass seinerzeit sowohl eine Goldene Hochzeit als auch ein 50. Geburtstag nicht im Bürgerhaus gefeiert werden konnten, weil die Einrichtung aufgrund der Ferien geschlossen war.

Er plädiert für eine ganzjährige und kostengünstige Überlassung der Bürgerhäuser. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag seiner Fraktion.

Herr Stv. Thierau (REP) signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag. In seinen Ausführungen betont er, dass es nicht angehen könne, dass aufgrund der

hohen Gebühren die Anmietung der Einrichtungen nicht möglich sei. Insbesondere kritisiert er in seinen Ausführungen die aus seiner Sicht hohen Nebenkosten für die Nutzung der Einrichtung. Er signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

Zur Sache sprechen weiter die Herren Wieber (FDP) und Feldpausch (GRÜNE) und signalisieren ebenfalls Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Herr Stv. Hesse (SPD) spricht zur Thematik und betont, dass die Bürgerhäuser kostenrechnende Einrichtungen seien. Man müsse sich darüber bewusst sein, dass man keine Benutzungsstruktur erhalten könne, die die „Eier legende Wollmilchsau“ sei, die dafür Sorge, dass jeder zu günstigen Konditionen alles machen könne und die sich gegenüber den Defiziten, die man zurzeit habe, auch noch positiv abhebe.

Seine Fraktion halte es grundsätzlich für richtig über die Thematik nachzudenken; er betont, dass man dem Antrag grundsätzlich zustimme. Dies sei auch eine Aufgabe für den neuen Bürgermeister. Man stimme dem vorliegenden Antrag grundsätzlich zu, allerdings solle man zuvor intensiv über die Thematik in all ihren Facetten diskutieren.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, die Nutzungsrichtlinien und die Mietordnung für die Überlassung städtischer Gemeinschaftseinrichtungen aus dem Jahr 2003, zuletzt geändert durch Satzung vom 10.07.2009, neu zu überarbeiten.

Die zukünftige Mietordnung für die Gemeinschaftseinrichtungen muss zum Ziel haben:

1. eine kostengünstige Preisgestaltung für eine nicht kommerzielle Nutzung von ortsansässigen Einwohnern;
2. flexible Nutzungsmöglichkeiten auch in den Ferienzeiten;
3. die Neufassung der Mietordnung wird der Stadtverordnetenversammlung zeitnah zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: 34 dafür (CDU, SPD, GRÜNE, FDP, REP)
1 Enthaltung (GRÜNE)

**TOP 13 Durchgängige Geschwindigkeitsbegrenzung B 454; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: CDU/2011/0005**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 25.10.2011

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stv. Hille (CDU) begründet den Antrag für seine Fraktion. Er erklärt, dass man aufgrund der neuen Ampelanlage zur Leide eine neue Verkehrssituation habe. Die beschriebene Geschwindigkeitsbeschränkung könne bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu einer deutlichen Minderung der Lärmbelästigung für die Anwohner führen. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Herr Stv. Koch (FDP) betont, dass man die Angelegenheit schriftlich an die Behörde fixieren müsse, um auch eine schriftliche Begründung zu erhalten. Er signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Thierau (REP) und signalisiert ebenfalls Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Er geht in diesem Zusammenhang auf die Verkehrsschau, die gemeinsam mit Parlamentariern und den Verkehrsbehörden durchgeführt worden sei, ein. Er kritisiert, dass die Behörden die Anregungen der Bürgerschaft nicht mitnehmen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang betont, dass er hierzu keinen Kommentar abgeben werde; allerdings bittet er Herrn Thierau auf tierische Vergleiche (Vögel) zu verzichten und einen gewissen Respekt vor den Bediensteten zu zeigen.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Runge (SPD) und erklärt, dass eine Prüfung der Situation berechtigt sei und signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Herr Stv. Feldpausch (GRÜNE) signalisiert ebenfalls Zustimmung seiner Fraktion.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbehörden die Einrichtung einer durchgängigen Geschwindigkeitsbeschränkung von 80 km/h für beide Fahrrichtungen auf der B 454 Neustädter Straße zwischen der neu errichteten Ampelkreuzung „Leide/B 454“ und dem Ortseingangsschild erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

TOP 14 Einrichtung eines Luftmessstation im Bereich der Kernstadt; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/Die Grünen vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)

Vorlage: GRÜ/2011/0002

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
27.10.2011

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Frau Stv. Schneider (GRÜNE) begründet den Antrag für ihre Fraktion. Sie betont, dass der CDU-Änderungsantrag eigentlich ein eigenständiger Antrag sei.

Herr Stv. Klenner (CDU) geht auf die Intention des Grünen-Antrages ein und begründet den Antrag seiner Fraktion. Er verweist auf die immensen Kosten, die die Einrichtung einer entsprechenden Station mit sich brächten.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang weist darauf hin, dass die Fraktion der Grünen zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung erklärt habe, dass sie den Antrag der CDU-Fraktion als konkurrierenden Hauptantrag sehe. Er erläutert die Verfahrensweise: Wenn der Antrag der CDU-Fraktion als Hauptantrag deklariert werde, dann erfolge zunächst die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und dann über den eigenständigen konkurrierenden Hauptantrag der CDU-Fraktion.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Wieber (FDP). Er signalisiert Zustimmung zum vorliegenden CDU-Antrag, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der vorliegenden Fassung lehne man ab.

Herr Stv. Hesse (SPD) erklärt, dass es sich aus seiner Sicht um zwei Hauptanträge handele. Das weitere Prozedere zur Abstimmung sieht er so wie von Herrn Stadtverordnetenvorsteher Lang vorgetragen wurde. Er geht auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein. Er betont hierbei, dass sich energetische Verhaltensweisen durch Luftmessstationen nicht verhindern ließen. Er signalisiert Ablehnung zum vorliegenden GRÜNEN-Antrag, nicht zuletzt aus Kostengründen, und signalisiert Zustimmung zum vorliegenden CDU-Antrag.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Feldpausch (GRÜNE) und geht auf seinen Vorredner ein. Er betont, der Antrag seiner Fraktion habe nicht zuletzt die Intention zum Einstieg in die Diskussion beabsichtigt.

Man brauche übergeordnete Stellen, die Empfehlungen abgeben. Daher werde man für diesen Antrag stimmen.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Koch (FDP). Er weist darauf hin, dass entsprechende Messungen in den Betrieben schon seit vielen Jahren laufen würden. Daher begrüßt er die Nachfrage wie sie im Antrag der CDU-Fraktion unter Punkt 1 formuliert sei und signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Goetz (GRÜNE) und geht in seinen Ausführungen auf den Antrag der CDU-Fraktion ein. Besonders zu Punkt 2, in dem seinerzeit vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie der Antrag zur Installation einer permanenten Luftmessstation in Stadtallendorf mit der Begründung abgelehnt wurde, dass das Hessische Luftmessnetz seine Endausbaustufe bereits erreicht habe. Aus seiner Sicht sei es nicht tragbar, dass Stadtallendorf als Industrieschwerpunkt in Nordhessen nicht berücksichtigt wurde; er persönlich halte das für einen Skandal. Er kritisiert, dass aus seiner Sicht

sowohl das Stadtparlament bzw. die Verwaltung nicht interveniert hätten. Hier habe man aus seiner Sicht offensichtlich „gepennt“. Es müsse nachgearbeitet werden; daher gehe auch der Antrag seiner Fraktion in diese Richtung.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Klenner (CDU) und geht hier insbesondere auf seinen Vorredner ein. Er betont, dass das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie an die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSch) gebunden sei.

Abschließend spricht Herr Bürgermeister Vollmer zu der vorliegenden Thematik. Er geht hierbei auf die Ausführungen des Herrn Stv. Goetz (GRÜNE) näher ein und verwarft sich aus Sicht der Verwaltung gegen dessen Äußerungen, wonach die Verwaltung „gepennt“ habe.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Es wird zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgestimmt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einrichtung einer Luftmessstation im Bereich der Kernstadt.

Der Magistrat wird beauftragt, mit den zuständigen Behörden Kontakt aufzunehmen und zeitnah die Umsetzung des Beschlusses voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis: 4 dafür (GRÜNE)
 31 dagegen (CDU, SPD, FDP, REP)

**TOP 14.1 Einrichtung eines Luftmessstation im Bereich der Kernstadt; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/Die Grünen vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011) - Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 31.10.2011
Vorlage: GRÜ/2011/0002/1**

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion.

Antragstext:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat zu ermitteln, ob die Angaben des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie vom 17. November 2008 auch heute noch zutreffend sind oder ob sich die Sach- und Rechtslage zur Thematik geändert hat.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:
 - a. Der Magistrat hat am 16. Juni 2008 die Stadtverwaltung beauftragt, einen Antrag zur Installation einer permanenten Luftmessstation in Stadtallendorf beim Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie zu stellen. Dieser Antrag wurde am 17. November 2008 vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie abgelehnt. Dies wurde damit begründet, dass das Hessische Luftmessnetz seine Endausbaustufe bereits

erreicht habe und Größe und Struktur des Messnetzes die gesetzlichen Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) erfüllen.

- b. Die Errichtung einer eigenen Luftmessstation würde nach Auskunft des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie vom 17. November 2008 die Stadt Stadtallendorf in der Anschaffung zwischen 200.000 und 300.000 Euro kosten. Hinzu kämen jährliche Betriebskosten von 20.000 bis 40.000 Euro. Falls diese Kostenberechnung heute noch zutreffend ist, ist die Errichtung einer eigenen Luftmessstation aus finanziellen Gründen für die Stadt Stadtallendorf nicht tragbar.
- c. Darüber hinaus gibt es nach Auskunft des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie vom 17. November 2008 die Möglichkeit, eine gemäß § 26 BImSchG staatlich anerkannte Messinstitution mit Luftmessungen zu beauftragen und auf eine Leihstation einer solchen Institution zurückzugreifen.

Nach Angaben des Landesamtes kostete die jährliche Nutzung einer solchen Leihstation die beauftragende Kommune jährlich 50.000 Euro. Falls diese Kostenberechnung heute noch zutreffend ist, ist auch der Betrieb einer Leihstation keine verantwortbare Option.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür
1 Enthaltung (REP)

**TOP 15 Richtlinien zur Erlangung von Fördermitteln für Energiesparende Haushaltsgroßgeräte; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/Die Grünen vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Vorlage: GRÜ/2011/0003**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
27.10.2011

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stv. Dickhaut (GRÜNE) begründet den Antrag für seine Fraktion. Er geht in seinen Ausführungen auf das frühere Förderprogramm der Stadt ein, welches jedoch eingestellt worden sei.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Erber (CDU) und geht auf die Kosten, die bei einem solchen Förderprogramm entstehen würden, ein. Daher werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Hesse (SPD). Er betont, dass das Programm schon einmal vorhanden gewesen sei. Das Förderprogramm sei jedoch zu Zeiten „voller städtischer Kassen“ aufgelegt worden. Aus heutiger Sicht müsse man andere Prioritäten setzen, daher lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Koch (FDP) und stimmt seinem Vorredner in seinen Ausführungen voll inhaltlich zu. Der Antrag der GRÜNEN gehe nicht auf die Kosten ein. In seinen weiteren Ausführungen erläutert er am Beispiel „Kfz-Abwrackprämie“ die Thematik und betont, dass durch Neuproduktion zusätzliche

Emissionen entstanden seien. Diese Aktion habe seinerzeit sog. „Mitnahmeeffekte“ hervorgerufen. Er signalisiert Ablehnung zum vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Antragstext:

Die entsprechenden Gremien der Stadt Stadtallendorf werden mit der Erstellung einer Konzeption für Fördermaßnahmen zur Energieeinsparung beauftragt, die den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet, Zuschüsse durch die Stadt Stadtallendorf für energiesparende Haushaltsgeräte zu erlangen.

Abstimmungsergebnis: 4 dafür (GRÜNE)
31 dagegen (CDU, SPD, FDP, REP)

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

**TOP 16 LKW-Parkplatz Stadtallendorf Nord-Ost; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Antrag: 23b/0167/2011**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 28.10.2011 durch den Magistrat beantwortet.

Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben nicht.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 17 Baumaßnahmen der Stadt und Eigenbetriebe; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Antrag: 23b/0168/2011**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 17 und 18 noch nicht beantwortet werden konnten und daher auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2011 genommen werden.

**TOP 18 Weiterbau der A 49 und der B 454 (in Richtung Neustadt); Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 18.10.2011 (eingegangen am 18.10.2011)
Antrag: 23b/0169/2011**

Siehe TOP 17.

TOP 19 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 20 Verschiedenes

Herr Stv. Koch (FDP) spricht noch einmal zu der Thematik Feuerwehrgerätehaus in Erksdorf. Es sei durchaus möglich, dass der Verwaltung hier eine Fehlinformation vorliege. Es sei ihm mittlerweile von zwei Teilnehmern bestätigt worden, dass im Hinblick auf die Unterhaltungskosten in der Verwaltung nachgefragt worden sei. Er bittet in dieser Sache noch einmal nachzufragen wie der tatsächliche Sachverhalt gewesen sei; vielleicht sei hier auch ein Protokoll geführt worden, man könne dies vielleicht noch regeln.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen eingehen, schließt Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang die Sitzung und wünscht allen Anwesenden noch einen schönen Abend.

Der Vorsitzende

Hans-Georg L a n g
Stadtverordnetenvorsteher

Der Schriftführer

Jürgen Breitenstein
Dipl.Verw. (FH)

<p>Einzelne Passagen in diesem Protokoll wurden in der veröffentlichten Fassung aus datenschutzrechtlichen Gründen gestrichen.</p>
